



## Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik

# KLIMA, ENERGIE, MOBILITÄT – DEN WANDEL GERECHT GESTALTEN



Um dem Klimawandel zu begegnen, ist eine schrittweise Abkehr von der Verbrennung fossiler Energieträger notwendig, so wie sie in internationalen Abkommen vereinbart wurde. Der Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft stellt bestehende Strukturen unseres Wirtschaftssystems in Frage, zumal gegenwärtig noch weitaus mehr als 80 Prozent des Primärenergieverbrauchs aus fossilen Quellen stammen.

Volkswirtschaften, Regionen, Branchen, Unternehmen und Beschäftigte befinden sich bereits mitten in den tiefgreifenden Veränderungsprozessen einer Energie- und Mobilitätswende. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, dafür zu sorgen, dass dieser Wandel aus der Perspektive der arbeitenden Menschen heraus gerecht gestaltet wird. Nur so kann dauerhaft die Akzeptanz für die notwendigen Veränderungen unserer Wirtschaftsstruktur gewährleistet sein. Das gewerkschaftliche Konzept der gerechten Gestaltung dieses Übergangs („Just Transition“) konnte im Pariser Klimaschutzabkommen verankert werden.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, dass die sozial gerechte Gestaltung des Strukturwandels künftig viel stärker in den Mittelpunkt der politischen Debatte gestellt wird. Wir wollen, dass „Just Transition“ zum Leitprinzip der deutschen, europäischen und internationalen Klimapolitik ausgearbeitet wird. Handlungsleitend sind dabei vor allem folgende Aspekte:

- Gute Arbeit, Tarifbindung und Mitbestimmung müssen gestärkt werden. Dies muss gleichermaßen für bestehende wie für neue Arbeitsplätze und Branchen gelten.
- Eine aktive Strukturpolitik muss nachhaltige und ökonomisch tragfähige Perspektiven schaffen, dabei insbesondere regionale und dezentrale Potentiale zur Strukturentwicklung heben und auf eine positive Beschäftigungsbilanz abzielen.
- Eine fortwährende Qualifizierung von Beschäftigten sowie verstärkte Aus-, Fort- und Weiterbildung müssen die Beschäftigten befähigen, als Innovatoren neue Ideen voranzutreiben.
- Eine gerechte Verteilung der Kosten und Erträge muss sicherstellen, dass mögliche negative Verteilungseffekte des Strukturwandels weitestgehend eingegrenzt werden. Verbrauchergruppen dürfen nicht über ihre eigenen Fähigkeiten hinaus belastet werden.
- Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie und Mobilität müssen mit einer ambitionierten Klimapolitik im Einklang stehen.

Gewerkschaften werben weltweit für eine länderspezifische Umsetzung gerechter Übergänge. Gemeinsam mit den Beschäftigten sind sie zentrale Akteure des Veränderungsprozesses:

- Wir kennen die Hürden, die auf dem Weg zu klimagerechten Versorgungsstrukturen stehen.
- Wir wollen die Chancen für den Aufbau und Erhalt hochwertiger Arbeitsplätze nutzen.
- Wir wollen die Transformation unserer Energie- und Transportsysteme mitbestimmen – für Gute Arbeit und mehr Lebensqualität.

Gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind eine Voraussetzung für einen erfolgreichen Transformationsprozess. Es sind die Beschäftigten vor Ort, die neue Konzepte und Systeme anwenden und umsetzen. Deshalb gilt es, sie weiter gut auszubilden und weiter zu qualifizieren. Gleichzeitig gilt es auch, in den Betrieben eine Kultur der Beteiligung und der Mitbestimmung aufzubauen oder zu stärken. Ideen und Innovationen aus der Belegschaft können nur in einer Unternehmenskultur entstehen, die Engagement willkommen heißt. Betriebsräte sind wichtige Akteure bei der Umsetzung des Klimaschutzes vor Ort. Entsprechende Mitbestimmungsstrukturen und Experimentierräume helfen, die Beschäftigten für neue Ideen zu aktivieren.

Heute ist insbesondere im industriellen Sektor noch nicht abschließend geklärt, mit welchen Technologien die ambitionierten Klimaschutzziele erreicht werden sollen. Es ist deshalb unerlässlich, dass Innovationen und Investitionen entlang der Wertschöpfungsketten forciert und konsequent auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise ausgerichtet werden. Im Transformationsprozess ist ein handlungsfähiger Staat notwendig, der mit einem ausgewogenen Mix aus Rahmensetzung, Einflussnahme und öffentlichen Investitionen (auch in eine klimaneutrale Infrastruktur) einen gerechten Übergang gestaltet.

Eine aktive beschäftigtenorientierte Industriepolitik fördert Innovationen, um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit industrieller Wertschöpfung zu stärken, statt einen Dumpingwettbewerb um Arbeitsbedingungen und Umweltstandards anzutreiben. Dabei sind vollständige Wertschöpfungsketten wichtig, um auch die Problemlösungskompetenz der Industrie zu erhalten. Nur so kann die Industrie ihre spezifischen Beiträge zur Erreichung der Klimaziele leisten, etwa als Ausrüster der Energiewende oder durch Bereitstellung von Produkten für eine CO<sub>2</sub>-arme Mobilität. Deindustrialisierung hingegen ist kein nachhaltiges Entwicklungsmodell.

Regionen, deren Wohlstand weitgehend von CO<sub>2</sub>-intensiven Produkten, von CO<sub>2</sub>-intensiver Produktion oder Energieversorgung abhängt, stehen vor massiven Veränderungen. Dies trifft auch auf Regionen zu, die heute wirtschaftlich gut dastehen. Für alle müssen durch eine präventive regionale Strukturpolitik schon jetzt Zukunftsperspektiven entwickelt werden, um einen wirtschaftlichen Niedergang abzuwenden. Dabei müssen ganzheitliche Strategien verfolgt werden, die an die industriellen Kompetenzen der jeweiligen Regionen anknüpfen und auf den Aufbau hochwertiger Arbeitsplätze ausgerichtet sind. Für Deutschland bedeutet dies auch, dass neben den bestehenden Förderstrukturen (Europäische Strukturfonds, Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern deshalb die Politik und die Unternehmen auf,

- einen ambitionierten Klimaschutz zu verfolgen, der mit den internationalen, europäischen und nationalen Zielen in Einklang steht;
- einen Pfad für eine gerechte Strukturentwicklung – einer „Just Transition“ – zu zeichnen;
- die Sicherung von Beschäftigungsperspektiven im Strukturwandel durch Qualifizierung und Innovationsaktivitäten sicherzustellen;
- Innovationen und Technologieentwicklung entlang der Wertschöpfungsketten zu stärken;
- Klima- und Umweltschutz, Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit, gute Arbeit und soziale Sicherheit, Bezahlbarkeit und gerechte Lastenverteilung in Einklang zu bringen;
- die Voraussetzungen für ein effizientes Gesamtenergiesystem aus Strom, Wärme und Verkehr zu schaffen;
- Experimentierräume unter Beteiligung der Tarifvertragsparteien zu schaffen, in denen neue Konzepte, Systeme und Innovationen erprobt werden können. Städte, Kommunen und Unternehmen müssen neue Kooperationsformen, wie z.B. in Städttemobilitätspartnerschaften, suchen.